

Bildungs- freiheit

Eine Analyse des Instituts für Wertewirtschaft



Bildungsfreiheit

Rahim Taghizadegan

Argumente für Bildungszwang.....	6
a) (Falsche) normative Gründe.....	7
1. Monopolanspruch einer Religion	7
2. Militarismus/Chauvinismus	9
3. Keksform-Theorie.....	11
4. (Chancen-)Gleichheit	11
5. Bildung darf keine Ware, sondern soll eine Staatsaufgabe sein	13
6. Unabhängigkeit von den Eltern.....	16
b) Lügen/Illusionen.....	18

1. Sozialistische Utopie	18
2. Wichtigkeit von Bildung.....	21
3. Vor Schulzwang kaum Bildung.....	22
4. Sozialisierung	23
5. Wirtschaftswachstum	24
6. Determinismus.....	25
c) Fehlschlüsse(non-sequitur)	28
1. „the other guy“ – Vernachlässigung.....	28
2. Private Angebote zu teuer	30
3. Externalitäten.....	32
4. Frauenbefreiung.....	33
Zusammenfassung	34

Stellen Sie sich vor, bei uns gäbe es eine gesetzlich verankerte „Essenpflicht“. Die Initiative K.R.Ä.T.Z.Ä., die diese Idee gebar, beschreibt dies so:

Die Essenspflicht bedeutet, daß alle 7 bis 17jährigen Kinder dreimal täglich eine Mahlzeit in öffentlichen Essensausgabestellen einnehmen müssen. Sie haben sich pünktlich einzufinden und müssen das von Ernährungsexperten ausgewählte Menü aufessen. Dabei werden sie beaufsichtigt und bewertet, damit der Eß-Erfolg gewährleistet bleibe. Wird der Essenspflicht nicht nachgekommen, drohen Zwangsmaßnahmen.

Absurde Vorstellung? Nun, Sie haben natürlich bereits erkannt, daß das, was hier absurd erscheint, im Bildungsbereich heute das Normalste der Welt ist. Der Vergleich mit einer fiktiven „Essenspflicht“ ist dabei ausgesprochen hilfreich, die Anmaßungen der „Bildungspolitik“ besser zu erkennen – denn das fiktive Beispiel ermöglicht es uns, wichtige Fragen ohne Vorurteil und Konditionierung zu betrachten.

Zunächst können wir schon aus dem Beispiel selbst einige wichtige Lehren ziehen. Die Bezeichnung einer Zwangsernährung aller Kin-

der als „Pflicht“ ist leicht als Euphemismus zu enttarnen, als eine der zahlreichen Begriffsverwirrungen des politischen Neusprech. Eine Pflicht bezeichnet ein sittliches Gebot, dessen Einhaltung für das Bestehen einer Gemeinschaft wesentlich ist. Ursprünglich wurde „Pflicht“ im Deutschen sogar synonym für Gemeinschaft oder Teilhabe verwendet. Natürlich ist die Voraussetzung für sowohl sittliches Handeln als auch für eine Gemeinschaft überhaupt die Möglichkeit, sich auch anders zu verhalten. Es wäre absurd, davon zu sprechen, sich zu „verpflichten“ oder „in die Pflicht genommen zu werden“, wenn man gar keine

andere Wahl hat. Wir sind verpflichtet, für unsere Kinder zu sorgen, aber ein Räuber ringt dem Beraubten nicht die „Pflicht“ ab, ihm sein Gut abzutreten, sondern wendet Zwang an. Zwang im Gegensatz zur Pflicht entspringt nicht dem Handlungsspielraum des Akteurs, sondern schränkt diesen ein und nimmt damit dem Eingeschränkten jede Möglichkeit zur Ausübung einer moralischen Pflicht in diesem Bereich.

Bei dem so recht verstandenen Essenszwang können wir nun eine weitere Differenzierung anstellen. Dieser Zwang ist in einer „sozialen“

und einer „liberalen“ Variante denkbar (Begriffe in Anführungszeichen sind Neusprech). Bei der „sozialen“ Variante bestünde eine allgemeine „Kantinenpflicht“, das heißt, der Zwang, bestimmte monopolisierte Gebäude zur standardisierten Nahrungsaufnahme aufzusuchen. In der „liberalen“ Variante gäbe es Ausnahmen vom Kantinenzwang, wenn für den kleinen Untertan nachgewiesen werden kann, daß er andernorts denselben Speiseplan vorgesetzt bekommt, was freilich durch amtliche „Ernährungsexperten“ zu kontrollieren wäre.

Politisch bedeutet ein derartiger Zwang eine zweifache Regulierung: Die Regulierung von Angebot und Nachfrage von Nahrung (oder Bildung). Gesetze bestimmen, wer unter welchen Bedingungen anbieten darf und was unter welchen Bedingungen nachgefragt werden darf.

Dank des obigen Beispiels läßt sich nun die aktuelle politische Debatte besser verstehen. In Österreich konzentriert sich diese „Debatte“ gerade auf die Frage, ob AHS und Hauptschule einer Gesamtschule weichen sollten. Übersetzt in unser Beispiel geht es um Fol-

gendes: Nehmen wir an, im Zuge des Essenszwangs wäre eine gewisse Differenzierung aus wohlmeinenden Gründen an der Tagesordnung. Die amtlichen „Ernährungsexperten“ hätten festgestellt, daß beim selben Speiseplan einige Kinder zu Fettleibigkeit neigen würden, andere hingegen mager blieben. So hätte man zwei Typen von Kantinen eingeführt: Kantinen für dicke Kinder und Kantinen für dünne Kinder – wobei die Kantinen für die dicken einen Diätplan einhielten. Die Einteilung der Kinder in Dicke und Dünne würde für alle gleich (und ganz „pragmatisch“) im Alter von zehn Jahren erfolgen. Für einige klänge diese

„Differenzierung“ freilich so absurd wie sie ist. Mit großer Vehemenz würden die einen für gemeinsame Kantinen eintreten, während andere die Beibehaltung der „Differenzierung“ mit Händen und Füßen verteidigen und gegen die „Gleichmacherei“ zu Felde ziehen.

Wer hätte Recht? Die gesamte Fragestellung ist so absurd, daß letztlich nicht mehr gesagt werden kann, als daß es hier um das falsche Dilemma „keine Differenzierung versus falsche Differenzierung“ geht. Das Beispiel zeigt, in welch kleinem Spektrum sich heutige politische Debatten bewegen – bei aller Polarisie-

rung. Der Bildungsbereich ist hierbei keine Ausnahme. Die Verkürzung wichtiger Fragestellungen auf inszenierte, teils vollkommen absurde Schein-“Debatten“ in den Massenmedien ist leider kennzeichnend für die gesamte „Politik“ – heute synonym für die wichtigtuerische Zelebrierung von Verantwortungslosigkeit.

Argumente für Bildungszwang

Wenn die Sache so absurd ist, wie sie erscheint, warum ist Bildungszwang dann die Regel? Wir dürfen es uns freilich nicht zu einfach machen: Zahlreiche Argumente gegen

Bildungsfreiheit wurden erdacht und angeführt, sind mittlerweile zu Gemeinplätzen geworden und bestimmen das Denken in diesem Bereich. Die Argumente gegen Bildungsfreiheit lassen sich grob in drei Klassen unterteilen:

- a) (Falsche) normative Gründe
- b) Illusionen/ Lügen
- c) Fehlschlüsse („non sequitur“)

Wir wollen nun systematisch alle wesentlichen Argumente überprüfen:

a) (Falsche) normative Gründe

1. Monopolanspruch einer Religion

Historisch gesehen war dies das erste und wichtigste Argument gegen Bildungsfreiheit. In Deutschland ist der staatliche Bildungszwang direkt auf dieses Argument zurückzuführen. Martin Luther hatte 1524 in seiner Schrift „An die Bürgermeister und Ratsherren allerlei Städte in deutschen Landen, daß sie christliche Schulen aufrichten und halten sollen“ mit großem Nachdruck die Forderung nach Monopolisierung der Schulen erhoben:

Denn es ist mein ernste Meinung, Bitt und Begierde, daß diese Eselställe und Teufelsschulen entweder in Abgrund versunken oder zu christlichen Schulen verwandelt werden. [...] Nicht geringer ist es, einen Schüler versäumen denn eine Jungfrau [...] oder Weiber schänden [...], da die edlen Seelen verlassen und geschändet werden, da solche Sünde auch' nicht geachtet noch erkennet und nimmer gebüßet wird? [...] Da werden täglich Kinder geboren und wachsen bei uns daher und ist leider niemand, der sich des armen jungen Volks annehme und regiere, da läßt man's gehen, wie es gehet. Die Klöster und Stifte sollten's tun, [...] Es sind nur Kinderfresser und Verderber.

Mit Eselställe und Teufelsschulen meint er freilich katholische Schulen – Katholiken wären Kinderfresser und Verderber, vor denen die Kinder geschützt werden müssten. Die Monopolisierung ist ihm besonders wichtig, denn auch nur einen Schüler auszulassen, wäre eine schlimmere moralische Verfehlung als eine Frau zu vergewaltigen(!). Schon im selben Jahr wurden in Gotha erste staatliche Einheitsschulen errichtet und kurz darauf in ganz Thüringen. 1559 schließlich wurde in Württemberg der erste systematische Bildungszwang eingeführt, der für ganz Deutschland zum Vorbild werden sollte. In den USA waren

es die calvinistischen Puritaner, die den Bildungszwang forcierten. Ein interessanter Alliierte dabei war der Ku-Klux-Klan, der sich durch Staatsschulen eine „Amerikanisierung“, d.h. Homogenisierung der Bevölkerung erhoffte.

Das religiöse Argument erscheint heute anachronistisch. Doch weit gefehlt! Wenn wir den Begriff „Religion“ etwas weiter fassen, ist dieses Argument bis heute dominant. So gehabt sich der „Säkularismus“ teilweise, insbesondere in Frankreich, als Staatsreligion – als fundamentalistische noch dazu, denn diese

Religion ist vollkommen unduldsam: Du darfst nur an einen Gott glauben, nämlich – keinen, d.h. den Menschen, d.h. den Staat. Die Unterdrückung der Bildungsfreiheit wird so manchmal als „Sektenverfolgung“ getarnt. Bildungsfreiheit sei unmöglich, denn dann könnten ja manchen Kinder die Lehre des Darwinismus vorenthalten und so geradezu ihr „Seeleheil“ gefährdet werden, was absolut untolerierbar sei – überaus interessant, in welchem fundamentalistischen Pathos sich angebliche „Säkularisten“ da oft steigern können.

2. Militarismus/Chauvinismus

Mit der Moderne löste jedoch zunächst ein anderes normatives Argument das religiöse als dominante Begründung der Unterdrückung von Bildungsfreiheit ab. Johann Gottlieb Fichte forderte in seinen Reden an die deutsche Nation von 1808 u.a. mit folgender Begründung eine staatliche Monopolisierung der Bildung:

Dagegen würde der Staat, der die von uns vorgeschlagene Nationalerziehung allgemein einführt, von dem Augenblicke an, da ein Geschlecht der

nachgewachsenen Jugend durch sie hindurch gegangen wäre, gar keines besondern Heeres bedürfen, sondern er hätte an ihnen ein Heer, wie es noch keine Zeit gesehen. Jeder Einzelne ist [...] zur Ertragung jeder Anstrengung und Mühseligkeit gewöhnt, [...] in seinem Gemüthe lebt die Liebe des Ganzen, dessen Mitglied er ist, des Staats und des Vaterlands, und vernichtet jede andere selbstische Regung. Der Staat kann sie rufen und unter die Waffen stellen, so bald er will, und kann sicher sein, daß kein Feind sie schlägt.

Besonders die National-Sozialisten bemühten Fichte als Ideengeber. Kein Wunder, daß mit

dem Reichsschulpflichtgesetz jene gesetzliche Grundlage des umfassenden Bildungszwangs geschaffen wurde, die bis heute in direkter Kontinuität in Deutschland in Kraft ist. Diese Kontinuität im Wort wird leider durch eine Kontinuität in der Tat ergänzt: Die gewalttätige Entführung von Kindern durch bewaffnete Polizeikräfte aus ihren Familien und die Zwangseinweisung in geschlossene Anstalten findet in Deutschland leider auch heute noch statt (auch in Österreich besteht diese Option weiterhin, falls die amtlichen Prüfungen von Kindern, die außerhalb der Einheitsschulen lernen, nicht bestanden werden).

3. Keksform-Theorie

Die sogenannte Keksform- oder „cookie cutter“-Theorie beschreibt ein häufig anzutreffendes Argument für Bildungszwang. Dieses Argument geht davon aus, daß es eine Norm gäbe, an die die „Bildung“ heranzuführen habe. Kinder entsprächen einem unfertigen „Menschteig“, aus dem mit der normierten Keksform der „fertige Mensch“ ausgestochen werde müsse. Diese Norm wird z.B. in Lehrplänen festgelegt. Wer der Norm nicht entspricht, wäre kein „ganzer Mensch“, kein „vollkommener Staatsbürger“. Die „Staatsbür-

gerbildung“ ist demnach ein Unterfangen der Normierung des Menschenmaterials. Peter Köpf und Alexander Provelegios warnen vollkommen zu Recht: *Eine Demokratie wird zur Diktatur der Mehrheit, wenn sie Vielfalt nicht mehr duldet, wenn sie Normvarianten als störend und ineffektiv ablehnt oder als krank beseitigt, wenn sie also DIN-Kinder schaffen will.*

4. (Chancen-)Gleichheit

Eng verbunden mit der Keksform-Theorie ist das normative Gebot der Gleichheit. Da Menschen offensichtlich nicht gleich sind, bedeutet

dieses Gebot notwendigerweise Zwang bis hin zu Totalitarismus und Genozid. Heute tritt – nach der historischen Erfahrung – dieses Gebot meist nur noch in einer scheinbar entschärften Form auf: Der „Chancengleichheit“. Es käme nur darauf an, allen Menschen dieselben „Startbedingungen“ zu verschaffen. Freilich ist keineswegs eindeutig, wann dieser „Start“ denn wäre – Verfechter des Bildungszwangs setzen ihn oft sogar erst bei der Volljährigkeit an. Bis zu diesem „Start“ sollen also durch Bildungszwang „gleiche Voraussetzungen“ geschaffen werden. Denn während die einen intelligente und sorgsame Eltern hätten,

gäbe es in „bildungsfernen Schichten“ oft kaum ein einziges Buch im Haushalt. Unter dieser Tarnung als „Chancengleichheit“ erfreut sich das Gleichheitsgebot großer Beliebtheit, Verfechter einer solchen Gleichheit gelten als besonders menschenfreundlich. Doch das Gegenteil ist wahr: „Chancengleichheit“ ist schon in ihrem Ansatz zutiefst menschenfeindlich.

Gleiche Chancen sind uns schlicht nicht gegeben – seien wir froh darüber! Gerade die Ungleichheit unserer Chancen stattet uns mit einer einzigartigen Biographie aus. Eine Welt, in der absolute „Chancengleichheit“ vor-

herrschte, wäre eine Welt gleicher Biographien bis zum willkürlichen „Startpunkt“, wo wir dann als „Gleiche“ in verschiedene Richtungen zu laufen beginnen dürfen. Eine Welt, in der jedes Kind die gleiche Biographie hat, ist eine Welt, in der alle die gleiche Versorgung, nämlich eine schlechtere genießen, in der alle dieselben Eltern haben, nämlich keine, in der alle in der selben Umgebung aufwachsen, nämlich einer unmenschlichen. Dann, an diesem imaginären „Startpunkt“, würden wir uns anblicken, und alles was uns dann noch vom Nächsten unterscheidet, wäre auf das animalische Residuum in uns zurückzuführen,

unsere körperliche und genetische Grundausstattung. Welch entsetzliche Vorstellung von „Chancengleichen“: ohne Persönlichkeit, wie sie nur durch unsere individuell unterschiedlichen „Chancen“ und Erfahrungen, auch bittere Erfahrungen, reifen kann – und damit völlig entmenschlicht.

5. Bildung darf keine Ware, sondern soll eine Staatsaufgabe sein

Waren sind Güter, die getauscht werden. Nun ist Bildung zweifellos ein Gut; was soll schlecht oder verwerflich daran sein, dieses Gut zu tauschen? Die Angst vor der Bildung

als Ware ist eigentlich eine Sorge, daß man uns und unsere Kinder nur lehrt, um an uns zu verdienen. Diese Sorge erinnert an den alten Vorbehalt, daß der Arzt kein Interesse an der Gesundung seines Patienten habe, denn nur der Kranke bringe ihm Einkommen. Doch verdient nicht auch der Bäcker am Hunger, und beseitigt ihn doch? Ist unser täglich Brot weniger wichtig oder wenig heilig, daß wir es bedenkenlos „zur Ware machen“? Ganz im Gegenteil! Während der Vorbehalt, daß das Profitmotiv nicht das einzige und letzte Motiv im menschlichen Handeln sein sollte, seine Berechtigung hat, präsentiert uns die Über-

treibung als normatives Postulat ein falsches Dilemma: Auf der einen Seite steht das Zerrbild der Durchkommerzialisierung jedes Lebensbereiches, auf der anderen Seite wird uns als einzige Alternative die Durchpolitisierung verkauft (ja, verkauft!). Der bloß nach kurzfristigem Gewinn heischende Bäcker mag uns verwerflich erscheinen: sein mangelhaftes Brot kann er uns nicht aufzwingen. Und doch sollen wir uns vor diesem fiktiven, mangelhaften Brot so fürchten, jedes Backen zu verbieten und zu monopolisieren?

Freilich, vielleicht regiert in der nationalen Backstube dann nicht mehr das Geld. Menschen bleiben wir – regiert dann nicht bloß die Macht? Das Brot müssen wir dann vielleicht nicht mehr als „Ware ertauschen“, nur noch um unseren „Anspruch anstehen“ – ist dies tatsächlich wünschenswerter? Unser Umgang mit Geld nimmt oft krankhafte Formen an (so wie unser Geld selbst kränkelt), krankhaft ist aber auch unsere Furcht davor. Wie der Backofen, so kostet das Buch etwas, wie der Bäcker muß der Lehrer von etwas leben – die „kostenlose“ Bildung ist bloß eine der üblichen Lügen der Politik, so wie „kostenloses“ Brot und

Spiele. Fürchten wir den Tausch schon so sehr, das Entgelten der Leistung unseres Nächsten so sehr, daß wir lieber bei politischen Illusionen Zuflucht nehmen? Zwischen besinnungslosem Kommerz und staatlicher Monopolisierung liegen alle Schattierungen des Lebens realer, unperfekter Menschen. Der gute Lehrer lehrt aus Berufung, der anständige Schüler (bzw. dessen Eltern) entlohnt ihn aus Respekt. Und wie der Ruf nach „kostenlosem“ Brot stets ein Ruf nach „Brot auf Kosten anderer“ war, ist dies auch bei der Bildung der Fall. Aus dem Traum des irdischen Mannas von

Staatsgottes Gnaden erweckte die Menschen bisher noch stets der größte Hunger.

6. Unabhängigkeit von den Eltern

Viele Verfechter des Bildungszwangs möchten uns glauben machen, daß es moralisch geradezu skandalös sei, daß Kinder ihren Eltern praktisch wehrlos ausgeliefert seien. Die Zwangskasernierung der Kinder außerhalb des Elternhauses schaffe so Freiräume für die Entwicklung dieser Kinder, indem sie ihnen „Unabhängigkeit“ biete. Vor allem in den frühen Jahren sei die Bildung der Kinder vollkommen von der Bildungsfreudigkeit ihrer

Eltern abhängig. Nun mag man es durchaus bedauerlich finden, daß der Mensch als abhängiges Wesen auf die Welt kommt, nicht überlebensfähig und daher auf die Obsorge anderer Menschen angewiesen. Diese Abhängigkeit allerdings als moralischen Vorwurf an die Eltern zu adressieren, ist absurd. Da sich diese natürliche Abhängigkeit nicht per Dekret aus der Welt schaffen läßt, ist die versprochene „Unabhängigkeit“ in Wirklichkeit eine Mogelpackung: Die Abhängigkeit von den Eltern soll bloß durch eine andere Abhängigkeit ersetzt werden, nämlich durch die Abhängigkeit vom Staat. Die totalitäre Utopie vom

„unabhängigen“ Aufwachsen im staatlichen Lebensborn ist eine logische Folge des modernen Mehrheitskultes. Alexis de Tocqueville warnte bereits vor 150 Jahren in prophetischer Weise vor dem „Unabhängigkeits“-Totalitarismus, der in staatsgläubigen Demokratien droht:

Es scheint, daß, würde sich der Despotismus in den demokratischen Nationen unserer Tage breit machen, dieser anders geartet wäre [...]. Er würde der väterlichen Macht ähneln, wenn er wie diese zum Ziel hätte, die Menschen auf das Erwachsenwerden vorzubereiten; doch er versucht

im Gegenteil, sie für immer in der Kindheit festzuhalten; er möchte, daß sich die Bürger vergnügen, vorausgesetzt, sie denken an nichts anderes als ans Vergnügen. Er arbeitet gerne für ihr Wohlbefinden; aber er will der einzige Grund und der einzige Maßstab dafür sein; er sorgt sich um ihre Sicherheit, überwacht und sichert ihre Bedürfnisse, erleichtert ihre Freuden, kümmert sich um ihre wichtigsten Geschäfte, leitet ihre Industrie, teilt ihre Erbschaften – am Ende nimmt er ihnen wohl auch die letzte Sorge und die letzte Not: die Sorge zu denken und die Not zu leben.

b) Lügen/Illusionen

Gefährlicher noch als falsche Werthaltungen, die wir bloß offen legen müssen, sind populäre Illusionen, die auch wohlmeinende Geister vereinnahmen können. Da es immer auch Profiteure von Illusionen gibt, ist der Übergang zur Lüge ein fließender.

1. Sozialistische Utopie

In der Dystopie der allgemeinen „Essenspflicht“ haben Sie unschwer den Sozialismus erkannt. Nach der Industrialisierung Europas war der Irrtum naheliegend, daß, würden wir

all unsere Wirtschaftstätigkeit einem einzigen zentralen Konzern überlassen, die Effektivität und damit der erreichbare Wohlstand viel größer wären. Die Sozialisten versprachen das Paradies auf Erden: Morgens angeln, abends philosophieren, verhiess Karl Marx. Diese Illusionen basierte zunächst auf einem Irrtum, wurde jedoch bald zur Lüge, die über Leichen ging. Statt höherem Wohlstand schuf die Zentralisierung und Monopolisierung der Produktion größten Mangel. Von den 110 Millionen Opfern des Sozialismus (Kriegstote nicht mitgerechnet!), starben 55 Millionen

Menschen, genau die Hälfte, am künstlich herbeigeführten Hungertod.

Der Sozialismus erwies sich aufgrund des sogenannten Kalkulationsproblems als Illusion. Aufgrund der Knappheit aller Mittel müssen Menschen Entscheidungen treffen und Prioritäten setzen. Der Betreiber einer Schule müsste sich etwa die Frage stellen, ob nun ein Klavier oder eine Heizung angeschafft werden solle. Wenn es nur einen Anbieter und einen Nachfrager jedes Gutes, ob Bildung, Klaviere oder Heizungen, gäbe, könnte keine Entscheidung

gefällt werden – denn es böte sich keine Vergleichsmöglichkeit an.

Der Betreiber einer Schule in einer dezentralen Ordnung jedoch hat zahlreiche Orientierungsmöglichkeiten: Auch wenn die Eltern und Schüler kein Geld zahlten, fand doch ein Tausch statt: heutiges Vertrauen für spätere Leistung (deren Nichterbringen nur die Sanktion des Relationsabbruchs nach sich ziehen kann, wenn es sich um kein Monopol handelt). Diese zahlreichen Vertrauensrelationen mitsamt ihrer spezifischen Inputs und Informationen geben dem Entscheider bereits gute

Orientierungspunkte. Für jede weitere Relation, die dezentraler und substituierbarer Natur ist, gilt dies genauso: ob Klavierpreise oder Betriebskosten der Heizung. Ohne diese Orientierungspunkte muß blind entschieden werden: zwar nicht blind gegenüber den technischen Erfordernissen (und jede Entscheidung ist dann nur noch eine „technische“), doch blind gegenüber den Bedürfnissen der Menschen, die nur durch dezentrale Relationen ausgedrückt werden können.

„Kunden“, die gezwungen sind, ein „Produkt“ zu „kaufen“, offenbaren keinerlei Wissen über

ihre eigentlichen Bedürfnisse. Schüler und Eltern, die einer „Schule“ zugewiesen werden, vermitteln durch ihr Handeln keine Information mehr – Worte allein sind viel zu schlechte Orientierungspunkte. Die Folge ist, daß „Bildung“ zur bloßen Verwaltungsaufgabe verkommt und den Bedürfnissen von Schülern und Eltern nicht folgen kann, nur auf „technische“ Befunde von „Experten“ und auf den stets zu spät und ungenau artikulierten Unmut reagieren kann. Die Monopolisierung von Bildung bietet genauso wenig wie die Monopolisierung der Nahrungsmittelversorgung höhere Effektivität oder höhere Qualität, sondern im

Gegenteil, immer schlechtere Leistung zu einem immer höheren Preis – bis zum geistigen Hungertod, d.h. der vollkommen Verdummung und Abstumpfung der Bevölkerung.

2. Wichtigkeit von Bildung

Auf obige Kritik wird häufig mit dem Argument einer angeblichen Sonderstellung von Bildung reagiert. Bildung sei ein so außergewöhnlich wichtiger Bereich, daß wir uns das „Experiment“ Bildungsfreiheit nicht leisten könnten. Gerade hier, weil dieser Bereich so immens wichtig wäre, sei Kontrolle unum-

gänglich. Dies ist eine glatte Lüge, denn das Gegenteil ist wahr. Eben weil das Wissen und psychische Heil unserer Kinder in einem materialistischen Zeitalter wie diesem so wenig gelten, erdulden wir die unverschämte Annahme, Bildungsfreiheit zu unterdrücken. In kaum einem anderen Bereich würden wir eine solche Situation lange ertragen (nach Kenntnis der Alternative). Man stelle sich vor, unser Essen, unsere Kleidung, unsere Elektro-Spielzeuge, unsere Computer, unsere CDs würden mit solcher Selbstzufriedenheit zentral geplant und zugeteilt! Weil Bildung heute relativ unwichtig ist, wird die Monopolisie-

rung einfach so hingenommen. Wenn Eltern sich keine Zeit mehr für ihre Kinder nehmen, das Wissen nichts mehr gilt, nur noch die „Information“ und seelische Verkrüppelung zur Regel wird, begleitet von allgemeiner Rücksichtslosigkeit, dann machen die paar Stunden monopolisierte Zwangsanstalt am Vormittag auch keinen großen Unterschied mehr. Genausowenig würde es uns auffallen, wenn der Minnegesang nur noch staatlichen Monopolen gestattet wäre – und diese würden uns dann doch erzählen, die große Wichtigkeit dieser Tradition wäre der Grund für ihr „Engagement“.

3. Vor dem Schulzwang gab es kaum Bildung

Hartnäckig hält sich die Illusion, daß erst der Schulzwang zur Bildung breiterer Volksschichten führte. Bisher machte sich erst ein Historiker die Mühe, diese Behauptung systematisch zu überprüfen: E.G. West studierte die Entwicklung der Schulen und des Bildungsstandes in England. Er fand eine Alphabetisierungsrate von 95% (!) vor Einführung des Schulzwangs 1860. Eine Erhöhung des Bildungsstandes durch die staatlichen Schulen war nicht festzustellen. Zwar stiegen die Anmeldungen in diesen Schulen kontinuierlich,

doch ersetzen sie nur davor bestehende Alternativen. Landes und Solomon fanden dasselbe Resultat für die USA: Keine Steigerung des Bildungsstandes durch gesetzlichen Zwang.

4. Sozialisierung

Ein beliebtes Argument ist die vorgetäuschte Sorge um die „Sozialisierung“ der Kinder. Würden diese nicht den gesamten Tag in Schulen verbringen, fehlte ihnen diese für das Leben so wichtige „Sozialisierung“. Wenn der Begriff irgendeine Bedeutung haben soll, müßte er wohl die Vorbereitung auf das Leben

in der Gesellschaft meinen. Ein näherer Blick enttarnt dieses Argument sogleich als verhängnisvolle Illusion. Als Vorbereitung auf das Leben können heutige Zwangsschulen sicherlich nicht durchgehen. Die Absurdität einer reinen Gleichaltrigen-Sozialisierung ist unmittelbar einsichtig: Die Folge ist Konformismus. Die Vorstellung, daß eine Vorbereitung auf das Leben ausgerechnet in planwirtschaftlichen Anstalten erfolgen sollte, die mit dem realen Leben (zum Glück) so gut wie nichts zu tun haben, ist absurd. Wer mit „Vorbereitung auf das Leben“ allerdings eine „Sozialisierung“ in Sachen Alkohol, Drogen, Gewalt, Zwang,

Frustration, Einheitsmode, Einheitsgeschmack und Desinteresse meint, mag recht haben, doch diese zynische Position sollte sich dann nicht als Gebot der „Sozialisierung“ im Sinne eines „Einlebens in eine Gemeinschaft“ verkleiden. Vielmehr müßte von einer Asozialisierung gesprochen werden, und ein Blick in viele Einheitsschulen genügt, um dieses Urteil zu bestätigen.

5. Wirtschaftswachstum

Ein von vorgeblich „liberalen“ Kräften besonders gerne gepflegter Vorwand für Bildungszwang sind die angeblich vorteilhaften Aus-

wirkungen auf das Wirtschaftswachstum. Größeres staatliches Engagement im Bereich Bildung, d.h. noch stärkere Monopolisierung, soll eine wirtschaftstüchtigere Bevölkerung hervorbringen, die dann fleißig das Bruttoinlandsprodukt erhöhen. Längst fordern schon große Konzerne die Ausweitung der Zwangsbildung in immer früherem Alter (je jünger, desto formbarer sind die zukünftigen Arbeitskräfte). Zunächst fällt auf, daß dieses Argument schon normativ zweifelhaft ist. Denn wenn Schulen die Aufgabe hätten, die wirtschaftliche Effizienz zu steigern, fragt man sich, warum die Schulbänke nicht gleich gegen

Werkbänke getauscht werden und die Tafel nicht dem Hochofen weicht. Kinder nur als Mittel zu höherer Wirtschaftsleistung zu sehen, kann nur kurzfristig orientierten Managern und Politikern einfallen.

Doch dieses Argument ist nicht nur normativ zweifelhaft, es ist auch faktisch falsch. Die britische Sozialwissenschaftlerin Alison Wolf machte sich die Mühe, die Behauptung, daß höhere staatliche Aufwendungen für Zwangsschulen zu größeren Wirtschaftswachstum führen, systematisch anhand der Daten zu überprüfen. Das Ergebnis: Die behauptete

Korrelation läßt sich nicht nur nicht nachweisen – vielmehr stimmt sogar das Gegenteil. Wolf fand zahlreiche Belege dafür, daß „Investitionen“ in monopolisierte Zwangsbildung zu einem niedrigeren Wirtschaftswachstum führen.

6. Determinismus

Verwandt mit einigen der bisher aufgeführten Argumente ist die vorgeblich große Sorge um die Zukunft unserer Kinder. Denn die Kindheit sei prägend für das gesamte Leben: „Was Hänschen nicht lernt, lernt Hans nimmer-

mehr“. Diese Sorge manifestiert sich auch in einer zunehmenden Verunsicherung der Eltern, ob sie auch „richtig erziehen“, die von „Pädagogik-Experten“ angestachelt wird. Eine falsche Prägung, ein vorenthaltener Bildungsinhalt würden in deterministischer Weise über zukünftiges Glück und Unglück des Heranwachsenden entscheiden. Levitt und Dubner haben zu dieser Behauptung die verfügbaren Daten überprüft – und kommen zum überraschenden Schluß: Was Eltern tun, hat eine überraschend geringe Auswirkung auf die Entwicklung von Kindern; viel relevanter ist, was Eltern sind. Ob es viele oder wenige Bü-

cher im Haushalt gab, hat z.B. keinerlei Auswirkung auf die Intelligenz der Kinder. Viele Statistiker laufen hier in die Irre, indem sie Bücher für Ursachen von Intelligenz halten, während diese vielmehr Indikatoren für Intelligenz sind. Der Kindheits-Determinismus, der zu großer Angst und Verunsicherung im Umgang mit Kindern führt, ist Folge eines vulgären Freudianismus. In Wirklichkeit formen die unterschiedlichen Prägungen unterschiedliche Persönlichkeiten, die als Menschen stets die Wahl haben, sich für das Gute zu entscheiden.

Verwandt mit diesem Argument ist die Behauptung, daß Bildung ein besonders sensibler Bereich wäre. Groß ist hierbei die Sorge um die Beeinflussung von Kindern durch „Sekten“. Freilich, eine Beeinflussung durch Glaubensinhalte unserer Eltern, ob religiös oder anti-religiös, ist nicht auszuschließen. Doch unzählige Biographien beweisen, daß auch hier von einem Determinismus keine Rede sein kann. Oftmals tritt ein genau gegenteiliger Effekt ein: Viele heutige Atheisten hatten besonders religiöse Eltern und viele Kinder von Atheisten finden später zu Religion. Eine staatliche „Aufklärung“ über die angeblichen

Irrtümer der eigenen Eltern kann niemals so viel leisten wie das erlebte Negativbeispiel der in ihren Überzeugungen irregeleiteten eigenen Eltern. Außerdem kann, wie bereits angedeutet, an die Stelle der „Abhängigkeit“ von den Überzeugungen der Eltern nur eine Abhängigkeit von staatlich zertifizierten Überzeugungen treten – es ist naheliegend hier eine der Wurzeln der fanatischen Staatsgläubigkeit unserer Zeit zu suchen. Um wie viel harmloser sind da die Glaubensinhalte der meisten „Sekten“!

c) Fehlschlüsse(non-sequitur)

Fehlschlüsse der Art „non sequitur“ sind falsche Kausalbeziehungen. Zu einer faktischen korrekten Tatsache wird eine implizite „Schlußfolgerung“ in Beziehung gesetzt, die mit der Tatsache rein gar nichts zu tun hat.

1. „the other guy“ – Vernachlässigung

Das „the other guy“-Argument sorgt sich vornehmlich um das Wohl des Nächsten. Um die eigenen Kinder müsse man sich keine Sorgen machen, selbst Sorge man freilich bestens für sie und würde mit Bildungsfreiheit durchaus

verantwortlich umzugehen wissen, doch beim Nachbarn könnte es ganz anders liegen. Bildungszwang sei daher wegen „der anderen“ nötig, die nicht so verantwortungsbewußt sind wie man selbst. Zweifellos ist die Vernachlässigung von Kindern ein großes gesellschaftliches Problem und es würde nicht überraschen, wenn Fälle von Vernachlässigung im Zunehmen begriffen sind. Doch ist die Schlußfolgerung aus dieser korrekten Beobachtung tatsächlich die Notwendigkeit von allgemeinem Zwang?

Die eigentliche Kausalbeziehung verläuft wieder genau umgekehrt. Wie würde sich eine Gesellschaft entwickeln, die „noch konsequenter“ gegen Vernachlässigungen per Zwang vorgeht? Immer mehr Fälle kämen zur Anzeige. Entsprechend würde einerseits die Verunsicherung von etwas überforderten Eltern, andererseits die gesellschaftliche Erwartungshalten wachsen, daß die Primärverantwortung für Kinder nicht mehr bei den Eltern läge, sondern statt dessen bei einem Zwangsorgan. Nach und nach würden sich verunsicherte Eltern sogar selbst anzeigen, aus Sorge vor der Anzeige durch den Nachbarn. Schließlich

könnte sich die Behörde dann zunehmend den Aufwand sparen, die Kinder per Gewalt aus ihrem Elternhaus abzuführen. Es würde immer mehr zur Normalität, „vernachlässigungsgefährdete“ Kinder selbst bei der Behörde abzugeben. Es käme wahrscheinlich zu „Kinderklappen“ für immer ältere Kinder. Durch die entstehende Erwartungshaltung, daß es sozusagen eine automatische „Ausfallshaftung“ für versagende Eltern gäbe, würden nun die Fälle von Vernachlässigung noch weiter zunehmen: Wenn sich das Kind beschwert, kann es sich ja dann von den Eltern „scheiden lassen“ und sich selbst zur Behörde überstellen.

Freilich haben wir eine moralische Pflicht, Kindern zu helfen, die im Elternhaus nicht die nötige Versorgung und Liebe erhalten. Heute, wo wir in der Regel nicht einmal mehr unseren Nachbarn kennen, ist es verlockend, diese Verantwortung für unsere Nächsten an eine Behörde abzuschieben – unter um so triftigeren, aber letztlich gänzlich vorgetäuschten „Nächstenliebe“. Der verantwortungslose Untertan macht sich von seiner eigenen Pflicht „unabhängig“ und glaubt, dies durch sein aggressives Auftreten für kollektiven Zwang kaschieren zu können.

2. Private Angebote zu teuer

Wer an angeblich „kostenlose“ „Bildung“ gewöhnt ist, erschrickt oft angesichts der Gebühren für private Bildungsangebote. Die Vorstellung ist naheliegend, daß diese privaten Alternativen nur einer kleinen Schicht offenstünden (v.a. Politikern – sogar die sozialistische Wiener Stadtschulrätin schickt ihr Kind natürlich in eine Privatschule) und die breite Masse sich Bildung ohne flächendeckende Einheitsschulen nicht leisten könnte. Unser Beispiel der „Essenspflicht“ hilft, diesen Irrtum zu verstehen: Angenommen, es würde ein flächendeckendes System staatlicher Kantinen

errichtet, in denen jeder zu Mittag eine (immer mangelhaftere) Mahlzeit „kostenlos“ (also steuerfinanziert, inkl. massiven Verwaltungsausgaben) vorfände. Natürlich bliebe dies nicht ohne Wirkung auf das Alternativangebot. Imbißstände würden vermutlich aus dem Stadtbild verschwinden, ebenso günstige Wirtshäuser, doch unberührt von der „kostenlosen“ Konkurrenz bliebe natürlich das Luxussegment. In einer Gesellschaft mit Kantinenzwang würde sich der Besucher wundern, nur extrem teure Restaurants und Spezialitätenmärkte vorzufinden. Umso einfacher für die Profiteure des Kantinensystems zu argumen-

tieren, daß ohne Kantinen nur noch „die Reichen“ etwas zu Essen bekämen.

Der Bildungsforscher James Tooley verwies dieses Argument durch systematische Untersuchungen vollends in das Reich der Legenden und Lügen. Tatsächlich sind es gerade und primär die Ärmsten, die auf private Alternativen angewiesen sind und diese trotz massivster Widerstände nutzen. Einige Beispiele: In drei Slums im indischen Hyderabad besuchen 65% der Schüler Privatschulen, in Ghanas Slums rund um Accra besuchen 64% der Schüler Privatschulen, im kenianischen Slum von Kibera

wurden 76 Privatschulen für 1.200 Schüler gefunden. Im Slum Makoko in Nigeria waren von 540 Schulen 34% von der Regierung, ganze 43 % waren private, unregistrierte und der Regierung unbekannte („schwarze“) Schulen, der Rest registrierte Privatschulen. Die vom Westen alimentierten, im Reichtum lebenden Politiker haben freilich keine Ahnung von der Lebensrealität in den Slums und folgen den falschen, armenfeindlichen Empfehlungen westlicher „Experten“, diese lebendige Bildungslandschaft nach und nach durch ineffektive staatliche Einheitsschulen zu ersetzen. Interessanterweise werden in den untersuchten

Privatschulen kaum jemals Kinder abgewiesen, weil sich die Eltern das geringe Schulgeld nicht leisten können. Daß monopolisierte „Bildung“ im Sinne der Armen wäre, ist wieder eine freche Lüge: in Lateinamerika wird für jeden Universitätsabsolventen aus der Oberschicht zwischen 350 und 1500 mal soviel an öffentlichen Mitteln aufgewendet wie für den Durchschnittsbürger.

3. Externalitäten

Ein unter jenen grauenvollen „Experten“ für Ökonomie, die durch die Feuilletons und Talkshows tingeln, besonders beliebtes Argu-

ment, ist jenes, daß Bildung „positive Externalitäten“ schaffe und daher eine Kollektivaufgabe wäre. Übersetzt bedeutet dies: Vom höheren Bildungsstand des Nächsten profitiere auch ich, denn eine Gesellschaft mit klügeren Menschen wäre eine vorteilhaftere Umgebung. Dank der von mir mitfinanzierten Zwangsbeschulung meines Nachbarn könnten wir interessantere Gespräche über den Gartenzaun führen. Selbst, wenn wir diese Behauptung ernst nehmen, ist unmittelbar ersichtlich, daß die „Schlußfolgerung“ zum Zwang wieder ohne jede Grundlage ist. Es ist auch eine „positive Externalität“, daß sich mein Nachbar re-

gelmäßig wäscht, und doch fordert heute niemand mehr „Volksduschen“ oder – in der „liberalen“ Variante – eine von „Hygieneexperten“ kontrollierte „Duschpflicht“.

4. Frauenbefreiung

Natürlich schafft die Unterbringung von Kindern in Anstalten Freiräume für deren Eltern. Abgesehen davon, daß es ethisch mehr als zweifelhaft ist, ob Eltern von ihren Kindern „befreit“ werden sollten (siehe das umgekehrte Argument zur „Befreiung“ der Kinder von ihren Eltern), ist die „Schlußfolgerung“ wieder-

rum gänzlich fehlgeleitet. Kindergärten und Schulen mögen in der Tat eine Entlastung für karriereorientierte Eltern bieten, doch was hat Zwang damit zu tun? Es ist leider ein modernes Laster, stets zum Verbot zu greifen, wo es bloß um ein Angebot ginge. Es spricht nichts dagegen, Kinderbetreuung anzubieten, aber vieles dagegen, „Kinderbetreuung“ aufzuzwingen.

Zusammenfassung

Es ist erstaunlich, wie wenig Substanz die isolierten Argumente für die Unterdrückung der Bildungsfreiheit jeweils aufweisen. Doch in

der Kombination bieten sie ein kaum durchdringbares Dickicht, da jeder etwas finden kann, um hängen zu bleiben – für jeden ist sozusagen die passende Illusion und der passende Fehlschluß im Angebot. Doch wir können ohne Übertreibung sagen, daß der allerletzte Millimeter Bildungsfreiheit auch der letzte Millimeter ist, der uns vom kommenden Totalitarismus trennt. Daher mag man es gar als (echte) Pflicht bezeichnen, die Anmaßungen der Mehrheit zu ignorieren, wo es geht, wo es nicht geht, diese zu bekämpfen, und sukzessive neue Freiräume für selbstbestimmte Bildung zu schaffen und zu nützen(!). Um die

Wichtigkeit von Bildungsfreiheit zu erfassen, müssen wir aber zunächst die Wichtigkeit wirklicher Bildung erkennen und von falscher „Bildung“ unterscheiden lernen. Der Aufgabe, dies zu skizzieren, wird sich ein Folgeartikel widmen.■

Der Autor

DI Rahim Taghizadegan ist Gründer und Vorstand des Instituts für Wertewirtschaft. Er unterrichtet an zahlreichen Universitäten und publiziert laufend für das Institut und in Tageszeitungen und Magazinen. Als interdisziplinärer Querdenker widmet er sich der Aufdeckung moderner Illusionen, der Freilegung verlorenen Wissens und der Verknüpfung der zahllosen aufgetrennten Fäden heutigen Denkens.



**Diese Analyse können Sie hier herunterladen
oder nachbestellen:**

<http://wertewirtschaft.org/analysen>

Zum Weitergeben an Interessierte schicken wir Ihnen gerne vergünstigte Exemplare in größerer Zahl zu:

1 Stück	3€
5 Stück	10€
10 Stück	15€
20 Stück	20€
50 Stück	40€

Wenn diese Analyse wertvoll für Sie war

... würden wir uns freuen, wenn Sie unsere Arbeit zum Anlaß nehmen, um

- ✓ diese Analyse an Verwandte, Freunde, Bekannte, Mitarbeiter und Vorgesetzte weiterzugeben. Vergünstigte Exemplare schicken wir Ihnen dazu gerne zu: <http://wertewirtschaft.org/analysen>.
- ✓ eine unserer Veranstaltungen zu besuchen.
- ✓ Veranstaltungen mit Vortragenden des Instituts zu organisieren.
- ✓ das Institut für Wertewirtschaft, das seine unabhängige Tätigkeit ausschließlich durch freiwillige Beiträge finanziert, durch eine Spende zu unterstützen: Kontonummer

28824799900, Bankleitzahl 20111 (Österreich); IBAN AT332011128824799900, BIC GIBAATWW (Ausland) oder online auf <http://wertewirtschaft.org/spende>.

- ✓ Unsere Analysen als Mitglied abonnieren.
- ✓ uns Ihre Anregungen und Anfragen zu schicken: info@wertewirtschaft.org.



INSTITUT FÜR
Wertewirtschaft

Alberichgasse 5/12, A-1150 Wien

Fax: +43 1 2533033 4733

Email: info@wertewirtschaft.org

<http://wertewirtschaft.org>